

## **Nein zur Volksinitiative «Chancen für Kinder – zusammen gegen Familienarmut (Kinderbeihilfen)»**

Die Volksinitiative «Chancen für Kinder – zusammen gegen Familienarmut» will, dass für Kinder von einkommensschwachen Familien zusätzlich zur Familienzulage ergänzende Beiträge (sogenannte Kinderbeihilfen) ausbezahlt werden können. Die SVP postuliert seit Jahren, dass wir keine zusätzlichen Steuern, Gebühren und Abgaben wollen. In dieser Konsequenz lehnen wir auch diese Volksinitiative ab. Der Grosse Rat hat diese Initiative ebenfalls mit 91:36 Stimmen verworfen. Umverteilungsübungen sind selten von Erfolg gekrönt. Auch diese Initiative wird daran nichts ändern. Die Initianten nutzen geschickt die Situation aus, dass man ja nur unschuldigen Kindern helfen wolle, und bauen damit den Sozialstaat zielgerichtet weiter aus. Der Sozialbereich wuchert bereits massiv und verschlingt Unmengen an Geld. Ein weiterer Ausbau ist nicht angezeigt. Es gibt bereits genug Sozialsysteme und Förderprogramme für alle möglichen Lebenssituationen. Einige prominente Beispiele sind Familienzulagen, Prämienverbilligungen oder ein Bildungssystem, welches für alle Kinder zugänglich ist. Selbstverständlich negieren wir nicht, dass es auch im Aargau schwierige familiäre Situationen gibt. Die vorliegende Initiative löst aber deren Problem nicht. Mehr Geld ist nicht die Lösung und bedeutet Symptombekämpfung. Man bedenke auch, dass nicht das Kind das Geld erhält sondern die Eltern. Ob es dann für die Familie ausgegeben wird, ist eine andere Thematik. Die eigentlichen Ursachen der Familienarmut werden nicht angegangen. Die Eigenverantwortung wird zudem einmal mehr beiseitegeschoben. Wo bleibt die Eigenverantwortung, wenn alles an den Staat delegiert werden kann? Wichtig zu wissen ist, dass es im Aargau bereits heute Elternschaftsbeihilfen (bis 24 Monate nach Geburt möglich) gibt, weshalb ein weiterer Ausbau nicht angezeigt ist. Die Initiative widerspricht weiter der Sozialpolitik des Kantons, welche gerade von den Initianten vor kurzem unterstützt wurde. In der Sozialpolitik verfolgt der Kanton folgende Ziele: Eigenverantwortung, wirtschaftliche Eigenständigkeit durch Arbeitsprozess, Reduktion der Anzahl Personen, die auf Hilfe angewiesen sind, keine weitere Umverteilung. Die Initiative ist deswegen nicht zielführend und widerspricht diametral den angestrebten Zielen. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass sich die Familienarmut langfristig nachhaltig nur mit einer verstärkten Erwerbsintegration vermindern lässt. Zentral für die Entwicklung der Kinder und ihre spätere Integration in den Arbeitsmarkt ist deshalb unser Bildungssystem, wo heute alle Schichten einen freien Zugang haben und was beizubehalten ist! Hier wird der Grundstein für die künftige Erwerbsintegration gelegt. In der heutigen Situation dürfen auch die finanziellen Möglichkeiten des Kantons nicht ausser Acht gelassen werden – Stichwort: Sparen/finanzielle Gesamtschau. Staatsaufgaben sind in der heutigen Situation zu reduzieren und nicht auszubauen, sonst sind diese nicht mehr finanzierbar. Schliesslich ist diese Initiative unnötig, da keine weitere Grundlage auf Verfassungsstufe erforderlich ist. Das Gesetz kann ohne neue Verfassungsbestimmung im Sinne der Initianten angepasst werden. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen diese Initiative zur Ablehnung.